

Wöchentlich 70 Pfennig monatlich 2.- Reichsmark im voraus zahlbar. Unter Strafband im In- und Ausland 2.50 Reichsmark aus Wien

Der "Vorwärts" mit der Illustration Sonntagsbeilage "Welt und Zeit" kommt den Lesern "Unterhaltung und Wissen" "Aus der Filmwelt" "Stadtbeilage" "Frauenstimme" "Der Kinderfreund" "Jugend-Beilage" "Bild in die Bühnenwelt" "Kulturarbeit" und "Tatend" erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch  
11. Januar 1928  
10 Pfennig

Die ständige Korrespondenz des Vorwärts in London ist: Richard "Klein Anzeigen" des langjährigsten Vorwärts-Gesells. jedes weitere Blatt 12 Pfennig. Die ständige Korrespondenz des Vorwärts in Berlin ist: Richard "Klein Anzeigen" jedes weitere Blatt 10 Pfennig. Die ständige Korrespondenz des Vorwärts in Wien ist: Richard "Klein Anzeigen" jedes weitere Blatt 10 Pfennig. Die ständige Korrespondenz des Vorwärts in Prag ist: Richard "Klein Anzeigen" jedes weitere Blatt 10 Pfennig. Die ständige Korrespondenz des Vorwärts in Brüssel ist: Richard "Klein Anzeigen" jedes weitere Blatt 10 Pfennig. Die ständige Korrespondenz des Vorwärts in Amsterdam ist: Richard "Klein Anzeigen" jedes weitere Blatt 10 Pfennig. Die ständige Korrespondenz des Vorwärts in London ist: Richard "Klein Anzeigen" jedes weitere Blatt 10 Pfennig.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Verleger: Köhnert 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 27 526 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 63. Kassen-Gesellschaft, Postfach 10000 Berlin

## Litauen sucht den Konflikt.

### Es will die Wilnagrenze ändern!

Warschau, 11. Januar.

Wie „Kurjer Warszawski“ aus Wilna meldet, sind nach der letzten Schieflerei an der polnisch-litauischen Grenze je ein Vertreter der polnischen und der litauischen Grenzschutz zusammengekommen. Hierbei forderte der litauische Vertreter, daß die Grenzposten über den Njankoffstuh hinausgerückt würden, da dieses Gebiet noch zu Litauen gehöre. Der polnische Offizier verweltete die Ausführung dieses Verlangens und kündigte an, daß im Falle des Umschlagens oder Wegrückens der Grenzposten die polnische Grenzschutztruppe entsprechend reagieren würde. Der litauische Vertreter blieb jedoch dabei, daß die litauische Grenzschutztruppe die Grenzposten verschieben werde. Angesichts des litauischen Verhaltens hat Polen im Gebiet des Njankoff einen besonderen Grenzposten aufzustellen beschlossen.

## Die Wahlbewegung in Polen.

### Wahlblock der deutschen und polnischen Sozialisten.

Warschau, 11. Januar.

Ebenso wie in Ostpreußen haben nun auch in Lodz die deutschen Sozialdemokraten mit den polnischen Sozialisten einen Wahlblock abgeschlossen, somit werden sie sich nicht, wie bei der vorigen Wahl, am Minderheitenblock beteiligen. Der polnisch-sozialistische „Kobornik“, der diese Entwicklung als Sieg des sozialistischen Gedankens begrüßt, glaubt, daß die deutschen Sozialdemokraten auf diese Weise drei bis fünf Mandate erringen werden.

In dem nun aufgelösten Sejm saßen drei deutsche Genossen.

nämlich Kronig und Jerze. Bodz und Konrad. Bromberg. Ob die deutschen Sozialdemokraten Brombergs (Bromberg um.) sich dem sozialistischen Wahlblock anschließen oder mit dem sozialistischen überparteilichen Minderheitenblock gehen, steht noch nicht fest; indes scheint das letztere nicht unwahrscheinlich. In diesem Falle wäre ein Mangel an Einheitsfront unter den deutschen Genossen in Polen zu bedauern.

## Der Ueberwachende in Rot.

### In einer Prager Versammlung.

Prag, 11. Januar. (Privat.)

In einer vom Abg. Stridbrag einberufenen Versammlung, die sich vornehmlich mit der Rückkehr des Kunz von Rommigi nach Prag beschäftigte und in der heftige Angriffe gegen Außenminister Dr. Benesch gerichtet wurden, unterbrach der Regierungsvertreter die Redner wegen einiger Angriffe auf die katholische Kirche. Jange Leute untrugten den Regierungsvertreter und drohten ihm mit Tätlichkeiten. Im Augenblick höchster Erregung drang Poljey in den Saal und erniedrigte dem Regierungsvertreter, sich zu entfernen. — Stridbrag ist ein Dissident der Partei, der auch Dr. Benesch angehört.

Wäre die sonst angeblich so energisch betriebene „Entförrerung“ der Tschechoslowakei schon auch bis zur Einführung republikanischer Versammlungsfreiheit gediehen, so gäbe es keine „Ueberwachenden“ und sie könnten auch nicht bedroht werden.

## Washingtons neuer Krieg.

### Wird auch Honduras einbezogen?

New York, 11. Januar.

Nach einer Meldung aus Managua (Nicaragua) sind nordamerikanische Seesoldaten vorgestern nach Somotillo nahe der Grenze von Honduras gelangt worden, wo eine ernste Lage entstanden ist. Dort waren 11 Mitglieder der Nationalgarde von Nicaragua am Sonntag desertiert und hatten sich einem bekannten revolutionären Führer von Honduras, dem General Higinio Peralta, angeschlossen. Der nordamerikanische Marineoffizier, der die Truppen in Managua befehligt, ging nach Villa Nueva, um Verstärkungen herbeizuholen. Aber bei seiner Rückkehr war es ihm unmöglich, Somotillo zu betreten, da die ganze Stadt im Aufstand war. Alle Verbindungen sind abgebrochen, die Telegraphenleitungen sind von den Streikkräften des Generals Peralta zerstört worden.

## Beschlagnahme Munition.

### Gewehrmunition als Maschinenteile. — Im Kieler Hafen beschlagnahmt.

Kiel, 11. Januar.

Der „Kieler Zeitung“ zufolge sollte der im holländischen Freihafen liegende norwegische Dampfer „Alfa“ eine am Montag aus Halle als Durchgangsschiff in 16 Gütermägen in Kiel eingetroffene Ladung angeblicher Maschinenteile übernehmen. Während der Verladung entnahm einer der Zollbeamten der Sendung Proben und stellte fest, daß es sich nicht um Maschinenteile, sondern im wesentlichen um Gewehrmunition handelte. Daraufhin wurde die Verladung unterbrochen und die schon übernommenen Mengen wieder gelöst. Die Gewehrmunition wurde von der deutschen Zollverwaltung beschlagnahmt. Ueber den Bestimmungsort und das Herkunftsland der Sendung konnte gestern Abend noch nichts Sicheres festgestellt werden, doch wird vermutet, daß die Munition ausländischen Ursprungs ist und für Oslo bestimmt war. Der Dampfer „Alfa“, der auch eine Teilladung Sprengstoffe zur Verwendung im Bergbau an Bord geführt haben soll, hat am Dienstag nachmittag seine Reise nach Oslo fortgesetzt.

## Die Ladung stammt aus Lorgau.

Halle, 11. Januar (Eigenbericht.)

Das „Volksblatt“ erfährt zuverlässig, daß die in Kiel beschlagnahmte und nach Oslo bestimmte Munition aus Lorgau im Bezirk Halle-Merseburg stammt. Abtender ist die dortige Zweigniederlassung der Berliner Zentrallieferungsfirma Johann Schwarz. Von Lorgau ist die Munition zunächst an die Expeditionsfirma

Schenker-Halle als alte, unbrauchbare Munition verhandelt und von dort als Messing weitergeleitet worden. Die Lorgauer Abtenderin hilft sich gegenüber Anfragen begründeterweise in tiefes Schweigen. Ihr wird also noch die Zunge gelöst werden müssen!

## Strafverbüßung / Mandatausübung?

### Auch bürgerliche Linke gegen die Verhaftung kommunistischer Abgeordneter.

Paris, 11. Januar. (Eigenbericht.)

Zu dem Regierungsbeschluss, fünf kommunistische Abgeordnete bei dem Eintritt in die Kammer zum Straftritt verhaften zu lassen, sagt der „Quotidien“, die Kammer brauche nur noch dem Verfolgungswahn der Regierung zu folgen, um ihren moralischen Bankrott zu besiegeln. „Deuxie“ hält dem Ministerpräsidenten seine Erklärungen vom 23. Juli und 3. November 1927 vor, die er damals bei der Freilassung derselben Abgeordneten in der Kammer abgegeben hat. Damals betonte Poincaré, er wolle die Vertrauensfrage nicht stellen, weil die Kammer Herr über ihre Beschlüsse bleiben soll und weil er es sich aus Achtung vor der parlamentarischen Freiheit verfallen müsse, ihr seinen Willen aufzuzwingen. Wenn er heute oder seine Haltung radikal geändert habe, so nur, um ein Wahlmandat gegen die Linke zu unternehmen. Seine Vertrauensfrage richtete sich nicht so sehr gegen die Kommunisten wie gegen die Sozialisten und Radikalen. Die Linksparteien wählten unbedingt dieser Falle auszuweichen, sollte darüber sogar das Kabinett Poincaré stürzen.

## Sachlieferungsgeschiedungen.

Paris, 11. Januar. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Poincaré hat wegen einer Reihe von Sachlieferungen mit deutschen Sachlieferungen eine gerichtliche Untersuchung unternehmen lassen. Diese Sachlieferungen sollen gemeinsam von Deutschen und Franzosen verübt worden sein; die französischen Komplizen sollen bei ihren deutschen Mitschuldigen hochwertige Waren auf Sachlieferungsfonds bestellt haben, sich aber in Wirklichkeit nur minderwertiges liefern lassen.

## Anlage wegen der Rentenfälschung.

Paris, 11. Januar.

Das Finanzministerium hat gegen den in der ungarischen Wertpapier-Börse verhafteten Wiener Bankier Blumenstein wegen Ein- und Ausfuhr von Kapitalien Anlage erhoben. Die Anlage-Schrift ist Blumenstein bereits zugestellt worden.

## Das Anleihenrecht der Regierung

### Staatsrechtliche Fragen im Haushaltsansatz.

Der Reichshaushaltsausschuss begann am Mittwoch die Beratung des Haushalts für 1928. Als erster Einzelartikel wurde der Haushalt der Reichsschuld verabschiedet. Genosse Dr. Hüfner warf in der Debatte zwei sehr wichtige staatsrechtliche Fragen auf. Die durch Vorgänge der letzten Zeit akut geworden waren. Die Frage nämlich, ob eine geschäftsführende Regierung noch berechtigt sei, eine Anleihe aufzunehmen und ob die Regierung ohne besonderen Beschluss des Reichstags befugt sei, den Zinsfuß einer aufgenommenen Anleihe von sich aus herauf- oder herabzusetzen. Des weitern kritisierte Genosse Hüfner scharf das Verlangen der Regierung nach einer Anleihermächtigung in Höhe von rund 850 Millionen, zu der noch die Ermächtigung zur Begebung von 400 Millionen Schatzanweisungen tritt.

Nach ausführlichen Entgegnungen des Staatssekretärs Döpp wurde von allen Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten folgende Entschliessung eingebracht:

„Eine Auflegung von Reichsanleihen darf durch geschäftsführende Regierungen nicht erfolgen. Die Hinaussetzung der Zinsfüße einer Reichsanleihe bedeutet eine Verbrauchsmaßnahme, die der Genehmigung der verfassungsmäßigen Organe bedarf.“

Auf Wunsch der Regierung wurde die Abstimmung über diese Entschliessung zwar bis zur Beratung des Etats der Reichsfinanzverwaltung zurückgestellt, aber auf Antrag des Genossen Hüfner die Einsetzung eines kleinen Ausschusses beschlossen, der die von ihm berührten schwierigen staatsrechtlichen Fragen klären sollte. Der Ausschuss nahm sofort die Beratung des Reichsjustizrats auf, die noch andauert.

## Blutiger Zusammenstoß in Stettin.

### Verammlungsgeschlacht zwischen Hakenkreuzern und Kommunisten.

Stettin, 11. Januar. (Eigenbericht.)

Gestern Abend kam es am Ende einer nationalsozialistischen Versammlung zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Als der Redner der Nationalsozialisten das Schlusswort ergreifen wollte, stürzten die Kommunisten die Internationale an. Darauf stürzten sich die Hakenkreuzler mit Tischbeinen, Stühlen und Biergläsern auf die Kommunisten und schlugen auf sie ein. Bei dem Kampf wurde das gesamte Innenraum demoliert und Türen und Fenster zertrümmert. Als Polizeibeamte einschreiten wollten, schlugen die beiden kämpfenden Parteien gemeinsam auf sie ein. Die Polizeibeamten gaben Schreckschüsse ab, die dazu führten, daß der Tumult abebbte.

Als polizeiliche Verstärkungen eintrafen, fanden sie nur noch die Nationalsozialisten vor; die Kommunisten waren verschwunden. Sämtliche Hakenkreuzler wurden verhaftet und ins Polizeipräsidium gebracht. Drei von ihnen waren so schwer verletzt, daß sie sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Auf der Seite der Kommunisten soll es 12 Verletzte gegeben haben. Bei der polizeilichen Untersuchung der Hakenkreuzler wurden gefunden: 4 Gummiknäpfe, 1 Pistole mit vier Schuß, ein Trammelrenolder mit 6 Schuß, zwei Scheintatpistolen, zwei Tischschläger, drei Dolche.

## Gegen Kahr.

### Sozialdemokratische Erklärung im Bayerischen Landtag.

München, 11. Januar.

Im Landtag, der gestern nach den Weihnachtsferien seine Tätigkeit wieder aufnahm, kritisierte bei der Beratung des Etats des Staatsministeriums des Innern der sozialdemokratische Sprecher, daß an der Spitze des bayerischen Verwaltungsgeschichtshofes immer noch Dr. von Kahr amtiere. Der Redner erklärte, daß die Sozialdemokraten die Politik des Ministeriums des Innern ablehnten und gegen die Bewilligung des Gehalts des Ministers stimmen würden.

Wie verlautet, wird die Regierungsvorlage über die Vereinfachung der Staatsverwaltung, mit der sich der heute abgehaltene Ministerrat abschließend beschäftigte, dem Haus in den nächsten Tagen zugehen.

## Die Verschickung der Altbolschewiki.

### Verlegenes Kremisgemmel.

Auf die Meldung des „Berl. Tagebl.“ über die Verschickung von 30 russisch-kommunistischen Oppositionsführern wird nicht direkt, sondern durch folgende B.T.B.-Meldung verlegen erwidert:

Berlin, 10. Januar.

Auf unsere Anfrage in Moskau anlässlich der Blättermessung über eine Verschickung einer Reihe von Oppositionsführern erhalten wir eine Antwort, aus der hervorgeht, daß auch in sonst gut unterrichteten Moskauer Kreisen von der angeblichen Verschickung zurzeit noch nichts bekannt ist.

Berichtiger kann man schon nicht herumreden. Somit sind die Moskauer mit dem Dementieren sehr fig, diesmal aber hülflos in ein Schweigen, das alles verrät!



# Suche nach dem Kompromiß.

Um 2 Uhr soll das Schulgesetzkompromiß fertig sein.

Die Bürgerblockparteien sind übereingekommen, daß bis heute nachmittag 2 Uhr formulierte Anträge über das Schulgesetzkompromiß vorzulegen sind.

Inzwischen geht das Gespräch zwischen Zentrum und Volkspartei weiter. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt gegen das Zentrum:

„Ob der Regierungsentwurf zustande kommt, werden die in dieser Woche neu einsetzenden Beratungen zeigen. Nach den Reden des Zentrumsführers scheint man im Zentrum das Schulgesetz nunmehr unter parteipolitischen Gesichtspunkt zu stellen. Während die mehr schulpolitisch eingestellten Vertreter des Zentrums im Schulausschuß auf eine Einigung hinarbeiten und sie auch für möglich halten, suchen die Parteipolitiker die Situation den kommenden Wahlen anzupassen. Eignet sich das Schulgesetz zu einer zugkräftigen Wahlparole, die andere Gegenläufe in der Partei überbrückt, dann kommt das Reichschulgesetz nicht zustande.“

Die Deutsche Volkspartei wird nach wie vor bei den Beratungen unter Wahrung ihres prinzipiellen Standpunktes sich nur vom Allgemeininteresse leiten lassen. Drohungen über Koalitionsbestand oder Nichtbestand werden sie davon auch fernerhin nicht abhalten. Sie will kein Koalitions-gesetz, noch weniger ein Parteigesetz, sondern ein deutsches Kultur-gesetz. Auch die noch ausstehenden Paragraphen 16: „Einsichtnahme in den Religionsunterricht“ und 20: „Regelung des Schulwesens in den Simultan-ländern“ werden von ihr unter dem gleichen Gesichtspunkt behandelt. Kommt dann das Reichschulgesetz nicht zustande, dann muß die Deutsche Volkspartei die Verantwortung hierfür den Parteien überlassen, die ihre parteilich überspannten einseitigen Interessen auch bei diesem lebenswichtigen Schulgesetz dem Gesamtinteresse des Deutschen Volkes nicht unterordnen konnten.“

Es wird nicht ganz leicht sein, Formulierungen zu finden, die den starken Worten von beiden Seiten gerecht werden!

## Polizei! Polizei!

Nur die preussische Polizei kann die KPD-Zentrale retten.

Das Reichsorgan der kommunistischen Opposition berichtet über die Zustände in der KPD-Ortsgruppe Brunsbüttelkoog (Holstein). Es sagt darüber, daß der Kommunist Umland, der sieben Jahre Vorsitzender der Ortsgruppe war, durch eine Zentralkreatur namens Kabisch ersetzt worden ist. Es erzählt über Kabisch:

„Kabisch, der früher aus der Partei gelaufen war, wurde eingesetzt als Vorsitzender. Er selber erklärt, daß es Schiebung sei. Kabischs „Energie“ kennen wir. Schon oft, wenns brenzlich war, verschwand er und erklärte dann, er müsse Rücksicht nehmen auf seine Familie! In den späteren Versammlungen, wo dann wirklich die Mitglieder da waren, versuchte diese Kreatur mit seinem Latai zu provozieren und wie die Opposition nicht nachgab, holte dieser Skafink die Polizei in die Mitgliederversammlung der KPD, um den oppositionellen Genossen Umland aus der Versammlung schießen zu lassen.“

Die Zentralkommunisten sind mit polizeilicher Niederknüpfung oppositioneller Meinungen schnell bei der Hand — Stalins Rezept! Ist die GPU nicht verfügbar, tuts auch die preussische Polizei.

## Zettin aus der Haft entlassen.

Hat die öffentliche Kritik gewirkt?

Hamburg, 11. Januar. (Eigenbericht.)

Wie dem Korrespondenten des „Soz. Pressendienstes“ von unterrichteter Stelle mitgeteilt wird, ist Altmeister a. D. Zettin

## Musik-Rundschau.

Von Klaus Pringsheim.

Der Zufall, ein guter Zufall diesmal, will es, daß an zwei aufeinanderfolgenden Abenden, Sonnabend und Sonntag, der Chor der Don-Kosaken und der Russische Staatschor sich in der Philharmonie hören lassen. Grundvorschieben in den geschichtlichen, sozialen und politischen Voraussetzungen, vereinigen, ergänzen sie sich in einem Bild nationaler Chorkultur, dessen gleiches kaum ein Volk der Erde zu bieten hat. Der Don-Kosaken-Chor, russischer Volkstanz in unbedingtem und bestem Sinn, ist in seiner heutigen Gestalt ein Nachkriegsgebilde, ein Produkt der russischen Emigration, gewachsen als heimatliches Naturphänomen. Nichts von musikalischen Berufsangehörigen; urrussische Bodenständigkeit auf Reigen. Der Staatschor, ganz im Gegenteil, bildet auf hochverdiente künstlerische Schulung zurück und auf Jahrhunderte ungenühter russischer Liebeserfahrung. In beinahe noch mittelalterlicher Vorzeit beruht als Kirchenchor der in Moskau residierenden Jaren; später, in Petersburg, in den Dienst auch der weltlich-höflichen Musik gestellt. Der Ruf glänzendster Musikleistungen, der Ruf, die besten Stimmen des Landes zu vereinen, begleitet ihn durch die Geschichte des russischen Reichs. Vom tsaristischen übernahm ihn das bolschewistische Regime als vollkommenstes Instrument der staatlichen Musikpflege. Der Aufgabenkreis wird programmatisch bewußt erweitert, und nun kommen sie, lebhafte Männer und Frauen, vierzig Kinder, zum ersten Male, 1928, nach dem westlichen Europa, um für das neue Ausland zu zeugen. Doch was sie bringen — Volkstumsgut, von Russiern des neunzehnten Jahrhunderts gesammelt und in Form gebracht —, das ist ebenso wenig sowjetrussisches Erzeugnis, ebensowenig „Bolschewistenmusik“, wie etwa es Geist vom konterrevolutionären Geist der Emigranten ist, der das Singen der Don-Kosaken erfüllt. Was beide, der Kosaken und der Staatschor, in die Welt tragen, beide mit gutem Grund gefeiert und gepriesen in dieser Welt, das ist die uralt russische Volksmusik, das in aller russischen Musik, von Glinka bis Strawinsky, lebt und wirkt. Das Besondere dieser russischen Musik ist ja eben die Verbindung nationaler Ursprünglichkeit und raffiniertester Kunstkultur. Hier, beim Staatschor, musikalisches Volkstum als Rechtswort eines streng geschulten Kunstkörpers —, dort, bei den Kosaken, ein naturhaft-primitiver Körper, durch Talent und Disziplin zu höchster Leistungsfähigkeit entwickelt; die Extreme berühren, durchdringen sich, dort und hier, soherant, daß es in der Wirkung fast nur Ähnlichkeiten sind, durch die der eine sich vom anderen Chor noch grundsätzlich unterscheidet.

Alle Verschiedenheit drückt sich in der Aufgabe des Dirigenten aus. Professor R. Klimoff hat das außerordentliche Verdienst, dem Staatschor auf jener außerordentlichen Höhe zu halten, der er, so mühsam wir unterstellen, keine historische Berühmtheit verdankt.

Goldfeld, der eine deutschnationale Vorkammerclique wegen angeblichen Landesverrats hinter Gähel und Riegel gebracht hatte, auf Antrag des Oberreichsanwalts heute morgen entlassen worden. Nach vor wenigen Tagen hatte sich der Oberreichsanwalt der eingereichten Haftbeschwerde und den Vorstellungen anderer Stellen gegenüber scharf ablehnend verhalten. Ob ihm angesichts der öffentlichen Erregung über diesen beispiellosen Fall etwas unwohl zumute geworden ist?

## Ein Jubiläum in Moabit.

Ein Duzend Zuhörer.

Selt zwei Tagen wurde in fast allen Blättern auf das einjährige Jubiläum des Barmat-Prozesses hingewiesen, das heute „gefeiert“ werden sollte. Diese Reklame hat immerhin ein Duzend Zuhörer und ein halbes Duzend Pressevertreter nach dem alten Schwurgerichtssaal gelockt. Erwartete man vielleicht irgendwelche Pikanterien, etwa die Ueberreichung von Blumensträußen den tapfer ausharrenden Prozeßteilnehmern oder eine besondere Ansprache des Vorsitzenden?

Wer mit solchen Hoffnungen erschienen war, wurde schwer enttäuscht. Gegenstand der heutigen Beratung war eine komplizierte Rückversicherungangelegenheit, über deren rechtliche Seite die verschiedensten Meinungen auch unter Fachmännern herrschten. Es ging zuweilen recht lebhaft zu, da oft mehrere Richter, Angestellte, Verteidiger und Staatsanwälte gleichzeitig redeten. Dennoch stets in höflichen, sachlichen Formen. Von Barmat selbst, der auch erschienen war, war in der ganzen Zeit überhaupt nicht die Rede. War es Zufall — oder Symbol?

Nach einer halben Stunde hatten die meisten Zuhörer und Pressevertreter wieder die Flucht ergriffen. Auch einige Angeklagte und Verteidiger zogen sich in den Erfrischungsraum zurück.

So hat das zweite Jahr Barmat-Prozess begonnen. Und das ist — bloß die erste Instanz!

## Das gleiche Recht.

Kollektivbeleidigung von Offizieren und Juden.

Vor ein paar Jahren ereignete sich in Frankfurt a. D. folgender Rechtsfall: Unter dortiges Parteiblatt hatte am Neooctonstag über die Ursachen des Zusammenbruchs geschrieben, daß „hinter der Front eine lawende und schlemmende Offiziersmeute“ sich breitgemacht habe. Drei beliebige, dem Verfasser gänzlich unbekannt Offiziere stellten daraufhin Strafantrag, und der verantwortliche Redakteur wurde durch sämtliche Instanzen wegen Beleidigung verurteilt, obwohl er einen umfangreichen Beweis für die Etappenhochverbrechen antrat. Es wurde ihm nämlich vom Gericht der Beweis zugesprochen, daß gerade die drei klagenden Offiziere sich an solchen Ausschweifungen beteiligt hätten. Den Einwand des Beklagten, daß diese drei schon deswegen mit dem Artikel nicht gemeint sein könnten, weil der Artikel sich gegen die bekannten Etappenerschneidungen richtete und die kläger Frontoffiziere gewesen seien, tat das Gericht mit der salomonischen Entscheidung ab: Jeder Frontoffizier sei vorübergehend auch einmal in der Etappe gewesen, also durch die Charakterisierung der Etappenoffiziere mit bestraft!

An diese Konstruktion einer Kollektivbeleidigung wird man erinnern, wenn man folgende Entscheidung aus neuester Zeit damit vergleicht: Der in München erscheinende „Börsliche Beobachter“ hatte gegen die Russischen Juden behauptet, daß sie eine Verurteilung der Rechtsverbände bei der französischen Besatzung denunziert hätten. Wörtlich lautete das Haftentzweiungsblatt:

„Durch Verleumdung bei der feindlichen Besatzungsbehörde glaubten sie (die Raskauer Juden) endlich, diese zum Einschreiten zu veranlassen und dadurch ein Verbot des „Deutschen Tages“ zu erreichen. Aber auch das gelang nicht. Somit besetzten auch am Raskauer Tag die Juden den Beweis, daß sie allein die wahren Todfeinde des deutschen Volkes sind, und daß sie die französische Besatzungsbehörde lediglich als ein Werkzeug be-

trachten, mit dessen Hilfe sie die Befreiung Deutschlands aus dem Klauen seiner Verderber zu verhindern suchen.“

24 Raskauer Juden, darunter die Vorsteher der Gemeinden, stellten wegen dieses Artikels Strafantrag. Der Münchener Staatsanwalt lehnte ein Einschreiten ab und verwies die Antragsteller auf den Weg der Privatklage. Als diese erhoben wurde, verweigerte das Amtsgericht München die Eröffnung des Hauptverfahrens, erst auf Beschwerde wurde diese von der Strafkammer angeordnet. In dem nun endlich in Gang gebrachten Prozeßverfahren aber wurde der „Börsliche Beobachter“ vom Amtsgericht wie in der Berufungsinstanz von der Strafkammer freigesprochen und zwar mit der Begründung, daß der Artikel eine Beilicht von Personen angeisse, daß die Privatkläger aber beweisen müßten, daß unter dieser Beilicht von Personen gerade sie gemeint gemessen seien.

Das Fazit: Wird etwas gegen Offiziere geschrieben, so ist jeder Offizier klageberechtigt, auch wenn er mit neunundneunzig Prozent Wahrscheinlichkeit persönlich nicht gemeint ist. Wird dagegen etwas gegen einen bestimmten Kreis von Juden geschrieben, so kann der einzelne Jude nur klagen, wenn er beweist, daß gerade er persönlich mit gemeint ist. Dieses ist die Rechtsungleichheit in der Praxis unserer ohne Ansehen der Person und des Standes richtenden Justiz.

## Unsinniger Partikularismus.

Eine Konferenz in Osnabrück.

Hannover, 10. Januar. (Eigenbericht.)

Am Montag tagte in Osnabrück eine Konferenz, zu der neben dem Vorsitzenden des Provinzialausschusses, dem Landeshauptmann, dem Regierungspräsidenten, den Landräten etwa 100 Vertreter der Wirtschaftverbände und Gewerkschaften erschienen waren. Die Konferenz, die einberufen war, um Angelegenheiten des Osnabrücker und Ems-Landes zu besprechen, beschäftigte sich auch mit den immer mehr überhandnehmenden Bestrebungen in Westfalen, den Regierungsbezirk Osnabrück von Hannover abzugrenzen und der Provinz Westfalen anzugliedern. Die Konferenz wies die Bestrebungen ebenso einmütig wie nachdrücklich als völlig undisutabel zurück.

## Schredts Schreibgehilfe.

Die Mitangeklagten im Dokumentenfälscherprozeß.

Leipzig, 11. Januar.

Der zweite Verhandlungstag im Dokumentenfälscherprozeß Schredt begann zunächst mit einem kleinen Zwischenfall. Schredt behauptet, daß der Mitangeklagte Schulz, dessen Anklage nur auf Meineid lautet, auch Spionage betrieben habe. Schulz leugnet und die Sache wird zunächst zurückgestellt. Es folgt die Vernehmung des 52jährigen Angeklagten Hermann Koch, Sohn eines Lokomotivführers, wegen einiger Jugendtaten vorbestraft, vor dem Kriege Diener in England, nach dem Kriege Redner im Kulturbund der Reichswehr für Heimatsdienst. Angeblich durch Autounfall physisch und psychisch zu Schaden gekommen. In der Flüchtlingsfürsorge und Sozialhilfe a. B. in Berlin als Spendenkommissär tätig. Epileptiker zugunsten der KPD, agiert aber auch als „nationaler Mann“. Im März 1928 Schreibgehilfe bei Schredt, angeblich um Protokolle von Sitzungen nationaler Verbände zu kopieren.

Abschiedsgesuch des kasseler Polizeipräsidenten. Wie die „Kasseler Post“ meldet, hat der Kasseler Polizeipräsident, Freiherr von Korf, zum 1. April 1928 sein Abschiedsgesuch eingereicht und bis dahin vom 1. Februar 1928 ab seine Beurlaubung erbeten.

Gefängnisstrafe für Landesverrat. Unter Auspruch der Öffentlichkeit wurde am Dienstag der ehemalige Zollangehörige Wilhelm Bordo aus Hindenburg vom erweiterten Schöffengericht wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Gegen eine Vereinnahmung der christlichen Kirchen wendet sich sehr entschieden eine Anzahl des Papstes; nur die katholische sei die wahre Kirche Christi. — Da kann ja der alte Streit der Priester wieder oberdentlich losgehen!

Aber Serge Jaroff hat das unwahrscheinlichere Verdienst des genial-schöpferischen Chorleiters, der das wunderbare Instrument dieses Kosakenchors gewissermaßen aus dem Boden der verlorenen Heimat gestampft hat. Kaum Neues ist darüber zu sagen. Doch wie sie diesmal das alte Volksgesangslied singen, dumpf klagend erst, dann in steter Steigerung wachsend zum Rausch unbändiger Lebenskraft, und endlich wieder zurückfallend in die gedrückte Dampfhölle ewiger Knechtschaft, das ist ein Stück erteiltes Menschenschicksal und ein artifizielles Meisterstück ebendort. Auch nach Schafkop, von dem wir es jenseit gehört. Beim Staatschor, am nächsten Abend, bleibt es, vergleichsweise, in den Grenzen fast akademischer Gemessenheit. Der gibt kein Bestes, Verblüffendes in Volkshentos „Käuberlied“ und in einem armenischen Nachtlied: in höchstphantastischer Klangmischung, in zartesten Schattierungen, in wunderbarem verblühenden Zwischenstücken. Das sind fast schon ästhetische Reize. Was aber in diesen Reizen hören — ähnlich, wie auch in allem russischen Theater, das wir kennen — als unwiderstehlicher Zauber des Menschlichen wirksam wird, das ist die wahrhaft religiöse Inbrunst, mit der sie alle, jeder an seinem Platz, dem Dienst an der gemeinsamen Sache hingegen sind. Das Religiöse ist hier so sehr künstlerische Kraft, daß es kaum noch als Besonderheit der kirchlichen Gesänge hervortritt; die nicht-gläubige Klasse, mit der die Kosaken etwa Archangelstoffs frommes Gebet zelebrieren, ist der Grundton ihres Singens. Aber in der kirchlichen Vorkammerwelt ist jetzt ja die Kunst des russischen Staatschors; seinem zweiten Abend, der nachmittags „Große Messe“ bringt, dürfen wir mit besonderen Erwartungen entgegensehen.

Nicht mit Beschämung — denn dafür besteht kein Grund —, doch mit Bewunderung sieht der deutsche Arbeiter zu solchen Gipfelleistungen des Volksgesangs auf; er weiß, daß hier Vergangenheit und dauernde Gegenwart geworden ist, was vielleicht als Zukunft vor ihm liegt. Aber ein wenig lernen könnte er, sollten unsere Arbeiterchöre vom Beispiel einer zu dieser Höhe entwichenen Volkstanz. Und da ist es zu begrüßen, daß der Don-Kosaken-Chor eine Auswahl aus seinem Volksgesangsrepertoire — größtenteils in Jaroffs Bearbeitung — mit deutschem Text herausgegeben hat (im eigenen Verlag). Die Sammlung darf unseren Arbeiterchören empfohlen werden; wenn nicht unbedingt als Bereicherung der Konzertliteratur, dann zum mindesten als gewiß anregendes Übungsmaterial. Von dem keinen Klangstimm, mit dem die Sachen gesetzt sind, fremdbartig zum Teil, doch immer durchaus formmäßig, hätte zweifellos mancher unserer Chöre manchertel zu profitieren. Und jede Vermehrung der neuen Volksgesangsliteratur muß uns willkommen sein. Doppelt willkommen freilich, wenn die Vermehrung mit so klarer Systematik, mit so fester Sachkenntnis betrieben wird wie in den jüngsten Veröffentlichungen des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes. Zwei neue a-cappella-Sammlungen liegen vor: das zweite Heft der Kinderlieder: „Zwei- und mehrstimmige Lieder und Saisons für kleine und große Kinder“, ausgewählt von Alfred

Gutmann und Karl Häge. Und: Sugendchöre, gemeinsam von Alfred Gutmann. Zwei sehr erfreuliche Neuerscheinungen. Die Ausstattung — mit Zeichnungen von Hans Reich — ist so, daß es ein Vergnügen ist, diese Hefen in die Hand zu nehmen. Noch wichtiger freilich: was darin enthalten ist. In dem Kinderheft: Lieder für alle Stufen des frühen Unterrichts, wieder im freien zu singen und für trübe Tage, für Mittag und Feste; mit Takt und Behutsamkeit ist schon ein Tropfen proletarischer Weltanschauung beigegeben. Das wird, mit größerer Aufmerksamkeit, in den Jugendchören fortgesetzt. In vier Gruppen — „Volkslieder“, „Lustige Lieder“, „Lieder alter Meister“, „Lieder von der Arbeit, Freiheit und Brüderlichkeit“ — sind mit überrauschendem Reichtum alle Lebensstimmungen des erwachenden Proletariats zusammengefaßt. Beste Beispiele alter und neuer Volksweisen sind von berühmten Männern, wie Siegfried Dörs, Carl Ebel, Heinz Tieffen, Robert Kahn zu tunstreich, doch leicht singbaren Musikstücken verarbeitet. Die Schwierigkeit steigt sich immerhin bis zu einem Stück wie Kurt Thomas' Kanon „Kommt, nun laßt uns tanzen“: aber man kann nicht natürlich, vernünftiger in die Anfangsgründe des polyphonen Kunstgesanges eingeführt werden. Zwei ausgezeichnete Hefen: zwei Schritte vorwärts auf dem Weg der musikalischen Volkserziehung.

Ein Sinfoniekonzert des Bezirksamts Charlottenburg findet am Sonnabend im Konzerthall der Domäne für Emil Hill, ausgerichtet vom Philharmonischen Orchester unter Leitung von Kapellmeister Paul Schuchman, Solistin Anna Baum von Stritten. Rührer der Hagen-Oper und der 1. Musikischen Sinfonie wird das „Ballett zu einem Drama“ von Franz Schreier zu Gehör gebracht. Karten zu 1.50 und 1.00 mit 1.00 und 0.50. Laurentienstr. 7, im Charlottenburger Rathaus, Zimmer 110, und an der Abendkasse.

Die Göttergötter-Ausstellung von Karl Kraus und Porträts bei Bruno Cassirer ist bis zum 15. Januar verlängert worden.

Wilhelm Furtwängler, der bei der New Yorker Philharmonie Society ab 1928 für drei Jahre verpflichtet ist, hat die Gesellschaft gelassen, seinen Vertrag für die Saison 1928/29 nicht in Kraft treten zu lassen.

Nachliche Musikvorführungen. Sonntag, 10. Uhr, sprechen im Neuen Museum Prof. Grabow über „Einsichtung in ägyptische Schrift und Sprache“; im Kaiser-Wilhelm-Museum Dr. Dorn über „Deutsches Mittelalter“ und in der Sammlung für Weltkulturbildung, Kollwitzstr. 36, Prof. Dorn über „Der deutsche Volkskunde“. Weiterhin finden vom 12. Januar ab um 11 Uhr wieder Vorträge statt.

Die Internationalen Konferenzen für Krebsforschung sind in London abgeschlossen worden. Deutschlands Teilnahme ist bereits geteilt.

Ein Frau als Verbrecher. Im Ausland hat jetzt zum ersten Male eine Frau, und zwar eine Studentin der Biologie, von einer Ranzel gebedient. Es handelte sich in dem Fall um eine biologische Ranzel, und der Verbrechensfall war außerordentlich groß.

Verbot der Polygamie in Albanien. Am 1. Januar ist in Albanien das neue Strafgesetz in Kraft getreten, das nach dem Muster des italienischen Strafgesetzbuches die Polygamie (Art. 14) durch die Polygamie verbietet.



# Ein unsichtbarer Botschafter.

## England ehrt deutsche Schriftsteller. — Der deutsche Botschafter boykottiert sie.

Aus London wird uns geschrieben:

Die „Modern Language Association“, eine aus Professoren und Lehrern zusammengesetzte englische Vereinigung, hat dem deutschen Botschafter in London Dr. Stahmer den Vorsitz der Vereinigung für das Jahr 1928 angetragen. Dieses Ehrenamt, das in der Vergangenheit von Männern wie Lord Robert Cecil und dem ehemaligen französischen Botschafter in London, Paul Cambon, bekleidet worden ist, fällt damit zum ersten Male an einen Deutschen. Es ist zu begrüßen, daß der deutsche Botschafter diese Ehre, die von der Verbesserung der kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern Zeugnis gibt, angenommen und bei der Jahresversammlung und dem Bankett der Gesellschaft den Vorsitz geführt hat.

Trotzdem kann nicht verhängen werden, daß der offizielle Vertreter Deutschlands in London von den Möglichkeiten und Pflichten, die ihm sein Amt als der offizielle kulturelle Mittler zwischen Deutschland und England auferlegt.

### Insbesonders den erforderlichen Gebrauch gemacht hat.

Anlaß zu dieser Feststellung gibt der Besuch zweier deutscher Schriftsteller in England, die beide in der zweiten Hälfte des abgelaufenen Jahres auf Grund von Einladungen englischer Vereinigungen London besucht haben. Sowohl der Besuch Emil Ludwigs, als auch der kurze Aufenthalt Lion Feuchtwangers in London haben zu ganz ungewöhnlichen Ehrungen der beiden Schriftsteller geführt. Beide deutsche Autoren wurden von den offiziell und inoffiziell führenden Kreisen Englands als repräsentative Vertreter des neuen deutschen Schrifttums und damit des neuen Deutschland selbst gefeiert, und insbesondere Emil Ludwig wurde Gelegenheit geboten, sich aufzufälliger und mit mehr führenden englischen Staatsmännern über europäische Probleme auszusprechen als irgend einem anderen Deutschen (vielleicht den Botschafter selbst eingeschlossen) seit Kriegsende gegönnt war. Diese hohe Tatsache — mag man zu den beiden Männern stehen wie immer, es hat absolut nichts mit der grundsätzlichen Seite der Frage zu tun — stempelt diese Schriftstellerbesuche zu hochbedeutenden Anlässen deutsch-englischer Annäherung, die offiziell nie und nimmer ignoriert werden dürfen. Tatsache ist jedenfalls, daß der deutsche Botschafter (und nur der Botschafter selbst ist in England Symbol) bei allen, zu Ehren dieser deutschen Schriftsteller gegebenen Empfängen usw., und an Einladungen an den Botschafter hat es gemäß nicht gefehlt, durch seine persönliche Abwesenheit gesänzt

hat. Das wurde insbesondere bezüglich eines zu Ehren Lion Feuchtwangers gegebenen Empfanges des Londoner Pen-Clubs, an dem beinahe alle großen Namen des zeitgenössischen englischen Schrifttums teilnahmen, und das für das geistige England durchaus repräsentativ war, viel bemerkt und abfällig erörtert.

Sei es, daß dem Botschafter die ganze Richtung nicht paßte — beide Schriftsteller bekannten sich als Sozialisten und Ludwig überdies bei allen Gelegenheiten als Sozialist —, sei es, daß in Carlton House Terrace, dem Sitz der deutschen Botschaft, das Gefühl für die politische Seite dieser Besuche fehlte —, die dauernden Abfragen des Botschafters konnten nicht anders denn als eine Kritik an den großen und einflussreichen englischen Kreisen aufgefaßt werden, die diese deutschen Schriftsteller als repräsentative Vertreter der deutschen Literatur ehrten. Die Tatsache, daß eine in einer Millionenauflage verbreitete Londoner Zeitung zu Neujahr unter den großen Ereignissen des vergangenen Jahres nicht den „literarischen“, nein schließlich den großen Begebenheiten des vergangenen Jahres, das Erscheinen der englischen Ausgabe von Feuchtwangers „Jud Süß“ aufgezählt hatte, muß einen Fingerzeig geben, wach außerordentliche Risiken diesen deutschen Autoren in England 1927 zugefallen ist.

Das Verhalten des Botschafters mag nach den orthodoxen Auffassungen der Diplomatie aller Schule durchaus unangreifbar sein. Es ist jedoch klar, daß — und die großen politischen Erfolge, die der österreichische Botschafter seiner klugen kulturellen Mittlerrolle zu verdanken hat, müßte hierfür einen Fingerzeig geben — der Förderung der kulturellen Beziehungen, der Verwertung der kulturellen Sympathien in der Diplomatie eines geschlagenen und ehemals feindlichen Landes eine unergieblicher größere und wichtiger Rolle zufällt als dies unter den „normaleren“ Verhältnissen der Vorkriegszeit der Fall gewesen ist. Unter diesem Gesichtspunkt wächst sich jene Unterlassungsünden zu einem grundsätzlichen diplomatischen Fehler des Botschafters Deutschlands in England aus und zwingt zur offenen Darstellung eines bedauerlichen Tatbestandes. Die vom deutschen Botschafter in den Jahren 1921 bis 1926 geübte Zurückhaltung in allen Ehren, ebenso wie seine diplomatischen Erfolge, die übrigens zum erheblichen Teil der Tätigkeit eines ganz ausgezeichneten jüngeren Botschafterstabes zu danken waren — in jüngster Zeit hat diese Wohlthat angefangen, eine Plage zu werden. Die Förderung nach einem stärkeren Hervortreten des deutschen Botschafters ist eine Selbstverständlichkeit geworden, die nur deshalb noch außen hin nicht in Erscheinung getreten ist, weil sie von allen, die sie erhoben haben, vor lauter Takt und Rücksichtnahme nur geflüstert wurde, statt offen ausgesprochen zu werden.

Dieses Grundstück für annähernd 1 Million Mark an die Firma Hermann Tieg zu verkaufen, hat im Grundbuchamt der Stadtverordnetenversammlung keine Mehrheit gefunden.

## Kommunisten unter sich.

### Eine interessante Verhandlung vor dem Arbeitsgericht.

Vor der Berufungskammer des Landesarbeitsgerichts I Berlin spielte sich folgender interessanter Vorgang ab. Die Firma Koneg G. m. b. H., Berlin, Burgstraße 30, trat als Berufungskläger gegen einen Vertreter der genannten Firma auf. Vor dem Arbeitsgericht wurde im Monat Oktober 1927 die Firma Koneg G. m. b. H. zur Provisionszahlung an den Vertreter Gaatz verurteilt. Sie legte gegen dieses Urteil Berufung beim Landesarbeitsgericht ein.

Interessant ist folgendes: Die Firma Koneg G. m. b. H. ist ein Anzeigenvertrieb, deren Leitung in den Händen des früheren kommunistischen Reichstagsabgeordneten und Reichsparteikassierers Kurt König liegt. Der Vertreter, der gegen die genannte Firma Klage erhoben hat, ist ein Genosse des Herrn König. Es hat einen eigenartigen Beigeschmack, wenn zwei parteitreue Kommunisten vor der verwandten bürgerlichen Klassenjustiz ihre entstandenen Differenzen austragen. Erschienen war ein Zeuge der Firma Koneg, der sich als „Ernst Julius“ der Firma bezeichnete, weiterhin der Oberreisende, unter dessen Leitung die Vertreter die Arbeit für die Firma Koneg durchführten. Die Arbeit bestand darin, für die „Arbeiter-Wirtschafts-Zeitung“ (WZ) Inserate abzuschließen. König sagte: der Oberreisende ist zuständig, die Provision zu zahlen, der Oberreisende sagte: König ist zuständig, die Provision zu zahlen, der Zeuge des König (Firma Koneg) erklärte: König ist gar nicht zeichnungsberechtigt, sondern die „WZ“ untersteht Billy Rüpsenberg, der zugleich Besitzer des Reuen Deutschen Verlages ist.

Der Oberreisende wies aber nach, daß König dem gesamten Schriftwechsel und auch die Vorträge stets unterzeichnet hat. Ein Kommunist arbeitet unter Kommunisten für die Unternehmen der kommunistischen Partei. Er fordert seinen wohlverdienten Lohn, und keiner ist da, der zuständig ist. Doch einer ist da! Billy Rüpsenberg, kommunistischer Reichstagsabgeordneter, der aber ist durch seine Immunität geschützt.

Wißt du nun dein Recht haben, so schreibe nach Krasau, und Krasau wird dir klar machen, daß du als guter Kommunist und Parteifeldat den Mund zu halten hast. Sonst denke daran, daß du ausgeschlossen werden konntest. — Diktatur des Proletariats innerhalb des Proletariats.

## Die Explosion in Dahlem.

Auf der Unglücksstelle in Dahlem erschienen heute morgen ein Professor Dr. Benke und Staatsanwaltschaftsrat Berger. Vandevelde von der Staatsanwaltschaft III mit einem eruchten Richter, um das zum Teil zerstörte Haus zu besichtigen und von den vorhandenen Chemikalien usw. Proben zu entnehmen. Der Bau wurde nach den Aufräumungsarbeiten zur Wiederherstellung freigegeben. Daß Stammer Selbstmord begangen haben sollte, ist nur ein laeres Gerücht. Als Ursache des „Selbstmordes“ gibt das Gericht ein Familienverhältnis an. Stammer war ein sonderbarer Mann, der sich seinen Angehörigen gegenüber recht rauh benahm. So kam es oft zu Reibereien. Die letzte Bestimmung war nicht schwerer als frühere auch. Sie rührte daher, daß die Familienangehörigen mit einer Silvesterfeier bereits begangen hatten, als Stammer noch nicht zu Hause war. An der Auffassung der Kriminalpolizei und der Sachverständigen von der Ursache des Unglücks hat sich nichts geändert. Weingärtner, der sich noch in Haft befindet, bleibt dabei, daß er seinen Schwager wiederholt gewarnt und auf die Gefahr hingewiesen habe, die mit seinen Arbeiten und dem Vorhandensein der großen Menge von Explosivstoffen verbunden war. Die Geschäfte mit der Knallkapseln und die Herstellung der Knallkapseln habe Stammer allein und selbständig betrieben. Die Zaugenvernehmungen werden noch fortgesetzt.

Der Auftrag der Reichsbahndirektion Ludwigshafen an die Firma Weingärtner zur Herstellung von Knallkapseln für den Eisenbahnsicherungsdienst ist auf dem üblichen Wege der Ausschreibung erteilt worden, und es handelt sich dabei im ganzen um 750 R. Die Explosion selbst kann durch diese Knallkapseln nicht verursacht worden sein. Sicherlich rechnet die Firma Weingärtner mit weiteren Aufträgen und hatte daher größere Mengen der zur Herstellung der Kapseln nötigen Stoffe gelagert.

## Um den Kopf Böttchers.

Nachdem, wie wir bereits mitteilten, der Verteidiger und alle in Frage kommenden Instanzen eine Begnadigung des Doppel-mörders Böttcher abgelehnt haben, ist nunmehr von der Verteidigung Böttchers beim zuständigen Landgericht III der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt worden.

Der Antrag stützt sich im wesentlichen darauf, daß Böttcher gegenwärtig als geisteskrank bezeichnet werden muß, und daß er daher auch bei der Ausführung der beiden Verbrechen nicht im Besitz seiner vollen geistigen Kräfte gewesen ist. Gleichzeitig wurde beantragt, die Vollstreckung des Urteils bis zur gerichtlichen Entscheidung über das Wiederaufnahmeverfahren auszusetzen. Bereits morgen wird der Oberstaatsanwalt des Landgerichts III zu diesem Antrag der Verteidigung Böttchers Stellung nehmen.

## Ein Grafentitel zu verwerfen.

In einer durchaus nicht rechts lebenden bürgerlichen Zeitung konnte man das folgende amüsante Inserat finden:

„Grafentitel  
historisch ist verwertet  
werden. Disert. unt. pp. ...“

Nichts geht über einen gefinnungs- und geschäftstüchtigen Adel! Daß man sich durch Adoption oder Ramensheirat prunkvolle Adelstitel aus den Geschlechtern der Freiherren von Roberg, Wimmerberg und Sauerberg aneignen kann, ist nicht neu. Dieses Mal wird aber etwas „Historisches“ zur „geschäftlichen Verwertung“ angeboten. Mit ehrwürdiger Scheu fragt man sich also: An welchem hochfürstlichen Hoflein mag der Ururahn Selner Hochgeboren des Herrn Grafen Obertruchseß oder Stellvertreter Herrmarschall gemessen sein?

Noch interessanter freilich ist dieses Problem: Welches Präpulein Reich aus Berlin W. wird zu seinem Papachen geben und es inständigst bitten, die „geschäftliche Verwertung“ der Angelegenheit in die zahlungskräftige Hand zu nehmen und den „historischen Grafentitel“ durch einen kleinen Gang zum Standesamt für Familie Reureich sicherzustellen?

Ein kleiner Januarrausch. Einem unserer Leser ist ein Pfandzettel ausgefallen. Will dieser erste Schmelzung des Jahres 1928 den baldigen Einzug des Frühlinges antizipieren?

Wieder ein englischer Weltflug. Die beiden weißlichen Flieger Rawell und Vincent sind gestern von dem Flugplatz Glasgow zu einem Flug rund um die Welt aufgebrochen. Die Flieger beabsichtigen, über Frankreich, Italien und Griechenland nach Indien und Singapur und zurück zu fliegen. Wenn irgend möglich, wollen sie auch über China und Australien fliegen.

## Tragödie auf den Schienen.

### Der Tod des Schrankenwärters.

Gestern abend ereignete sich nach einer Meldung aus Dresden in Weindöhlen an dem Bahnübergang ein schweres Autounglück. Kurze ehe der von Dresden kommende Berliner Zug eintrafen mußte, fuhr ein Auto über die Bahnstrecke. Als das Auto die Gleise überquerte, schloß der Schrankenwärter die Schranke. Das Auto blieb mit den Hinterrädern auf dem Gleise, da die Schranke die Weiterfahrt sperrte. Als der Führer des Autos den herannahenden Zug bemerkte, sprang er aus dem Wagen. Der Schrankenwärter wollte den Zug durch Winken aufhalten, um einen Zusammenstoß zu vermeiden, was ihm jedoch nicht gelang. Die Lokomotive erlosch den Kraftwagen, schleuderte ihn zur Seite und zertrümmerte ihn. Der Schrankenwärter wurde von dem fortgeschleuderten Kraftwagen auf die Schienen geworfen, von dem Zug, der zwar sofort gebremst wurde, aber noch 20 Meter weiterlief, erfasst und buchstäblich in Stücke gerissen.

## Provinz im Staatstheater.

Das Staatliche Schauspielhaus hat ein sonderbares Premierenpublikum. Bekümmertes Winkenspiel der harmlosen Halberstädter Parodie „Wissens auf Achse“ reizt es zu so lautmächtigem Widerspruch, daß die Völke abgeseigt werden mußten. Mit Kanonen schloß man auf Späher. Am Anfang an den Theaterstandort umfing man von einer Intendantentriebe. Die völlig verfehlte Reueinstudierung des Trauerspiels „Penthesilea“ quillieren die Zuschauer mit herzlichen Beifall, obwohl sie auf dem Niveau eines jahreszehntelange stehengebliebenen Provinztheaters steht. Während des ganzen Abends wurde ich den Eindruck einer Parodie auf Kleist nicht los. Ein Mißerfolg war vorauszusehen.

Gotthard Rühl, der für einen eigens zu dieser Veranstaltung aus der Ferne gehalten Regisseur einpringt, ist gleichzeitig der Träger der männlichen Hauptrolle. Eine solche Doppeltätigkeit ist eine Unsitte. Ein Schauspieler, der selbst auf der Bühne steht, kann als Regisseur weder sich selbst noch die übrigen Darsteller kontrollieren und mit künstlerischen Anregungen befruchten. Bei einer kleinen Bühne mag das hingehen. Bei dem Staatstheater ist eine Doppelverwendung des Hauptdarstellers unverständlich und unverständlich. Im Anschlag an den Wollfes-Krach habe ich für das Staatstheater warme Worte gefunden. Heute tut es mir leid.

In Kleists „Penthesilea“ besagt die Handlung wenig. Der Dichter hat kein anderes Ziel, als den Wechsel ständlicher Empfindungen, einen Gegenstand der Gefühle von jüngerer Liebe bis zu erbittertem Hoch diehterisch zu gestalten. Woraus kommt es also in jeder Intention an? Die hinreichende Reife der Kleistschen Sprache erlingen zu lassen. Maria Koppensbier als Penthesilea leuchtete diese Sprache in Grund und Boden. Sie müht sich mit den Versen ab wie ein exaltierter Baskisch, der mit Berse, aber mit Unvermögen ein Gedicht eindrucksvoll zu deklamieren beabsichtigt. Ihre tragische Gestalt ist der vorgeschobene Unterleier. Sie schlägt mit den Häuten den Takt zum Wochenschnitt. Ihr Ton ist näselnd, lang gezogen. Die Konsonanten verschlucken. Fast keine der Unarten aus der Theaterwelt läßt sie sich entgehen. Sie hat völlig vergessen, daß die „Penthesilea“ eine der vorzüglichsten Liebesdramen der Weltliteratur enthält. Keine Spur von Ammut, nur das blinde Wüten einer Furie kommt in ihrem Spiel zum Ausdruck. Ihre Worte hat sie so gewährt, daß man sie für die Rutter Schüssel halten könnte. Gotthard Rühl ist kein fähiger strahlender Griechenschürer. Er gibt ein zu mehr und zu wenig. In seinem Gesicht auch die Remotivität eines Großstadtinsigniums. Aber er neigt wenigstens den lyrischen Worten des Werks einen Schimmer von Poese. Die übrigen Darsteller sind entweder farblos oder pathetisch aufgeplustert. Wie soll den Schauspielern auch der dichterische Schwung an einer kunstlos aufgebauten Szenarie kommen. Der jeder Stimmungsgedalt fehlt. Den Schöpfer des nächsten Bühnenbildes verschweigst der Zettel. Es ist sein Glück. Ernst Degner.

Neue Vocanen in England. Für Knaben: Berrifado, Romilern, Nollon, Rabia, Troy, Follaire, Spanisch. Für Mädchen: Savillade, Croletiere, Rebellina, Courlema, Darmma. Die Namen kommen aus der jüngsten vom Pansaministernum publizierten Liste der Vocanen, die es laßt sein.

## Passagierluftverkehr über den Atlantik.

### England will vorgehen.

London, 10. Januar.

Das Parlamentsmitglied Commander Burney hielt heute einen Vortrag über die von Deutschland und England unternommenen Vorbereitungen für die Einrichtung eines regelmäßigen Luftschiffdienstes zwischen Europa und Amerika.

Nach einem Hinweis auf den vorgeschrittenen Bau des Zeppelin-Luftschiffes Z 3 127 erklärte er, es sei unbedingt notwendig, die Probeflüge der beiden in England gebauten Luftschiffe zu beschleunigen. Er habe mit dem Luftfahrtministerium vereinbart, daß nach Beendigung der Probeflüge des „Burney Rollis Royce R 100“ das Luftschiff als Privatunternehmen fliegen könne, um Passagiere auf Demonstrationsflügen über den Atlantischen Ozean zu tragen. Er sei entschlossen, ein englisches Luftschiff als erstes den Beweis für einen Passagierluftdienst über den Ozean erbringen zu lassen, da er glaube, daß das Prestige und die künftigen Passagiere der Nation zufließen werden, die als erste einen solchen Dienst einrichtet. Nach Gelingen einiger Demonstrationsflüge soll eine Atlantische Luftschiffgesellschaft gegründet werden, die für jeden zweiten Tag einen Luftschiffverkehr zwischen England und Nordamerika einrichten würde. Der Flug von England nach Amerika wird auf 48 Stunden, der Flug von Amerika nach England auf 38 Stunden geschätzt. Die Fahrpreise sollen zwischen 80 und 120 Pfund betragen. Mit dem britischen Generalpostmeister hat Burney bereits eine Vereinbarung über die Beförderung der britischen Post getroffen. Mit den amerikanischen und kanadischen Postbehörden stehen Verhandlungen bevor.

Nach einer Meldung der „Evening Standard“ soll das Kapital der British-Atlantische Gesellschaft 7 Millionen Pfund betragen, das jedoch erst nach mehreren befriedigenden transatlantischen Postanflügen voll ausgeschrieben werden soll. Die Kosten der R 100, die eine Raumverdrängung von fünf Millionen Kubikfuß hat, werden mit 45.000 Pfund angegeben.

## Elli Reinfeldt noch immer verschollen.

Durch die furchtbaren Explosionskatastrophen der letzten Tage, die die Weltstadt in Aufregung versetzt haben, ist das geheimnisvolle Verschwinden der achtjährigen Elli Reinfeldt, über das wir wiederholt berichtet haben, etwas in Bergeshöhe geraten. Leider muß erneut die Feststellung gemacht werden, daß bisher noch immer keine Spur von dem vermißten Kinde, das zweifellos einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, entdeckt worden ist. Die Kriminalpolizei hat bei der Aufklärung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Alle Fingerzeige, die zuzugien, sind bisher ergebnislos verlaufen. Ungeheurer Arbeit bedarf es noch, die weiteren zahlreichen Mitteilungen aus dem Publikum bzw. Verdächtigungen bestimmter Personen zu überprüfen. Obgleich die Ermittlungen mit aller Energie und Umsicht geführt werden, hat es fast den Anschein, als ob das geheimnisvolle Verschwinden des Kindes niemals aufgeklärt werden könnte. Allein die Lösung des eingegangenen Materials, das mit dem Verschwinden im Zusammenhang steht, wird noch viele Tage dauern.

Mittelungen, die zur Klärung des mutmaßlichen Verbrechens beitragen können, sind nach wie vor an Kommissar Trettin im Polizeipräsidium zu richten.

## Fabrikfeuer in der Prenglauer Allee.

Die Feuerwehr wurde heute früh gegen 9 Uhr nach der Prenglauer Allee 38 gerufen, wo in dem Vorratssaal einer Gasfabrik ein unbestimmter Ursache Feuer entstanden war. Die Flammen fanden an Gas und Gasenporitäten reiche Nahrung und drohten auf die angrenzenden Räume überzugreifen. Durch starkes Wassergeben gelang es jedoch, den Brand auf seinen Herd zu beschränken.

Die Tisch-Edel-Kauf- und Jerusalemstraße, die der Röhlichen Maria-Danpe-Sitzung gehört, aber vor anderthalb Jahrzehnten von der Stadt an die Warenhausfirma Hermann Tieg auf 60 Jahre verpachtet wurde und dann bei der Erweiterung des Warenhauses Tieg mit bebaut worden ist, wird nun wahrscheinlich doch im Eigentum der Stadt bleiben. Der Plan des Magistrats,



